

Bedrängt – verfolgt – vertrieben:  
Christliche Minderheiten  
in Gefahr

## „Der Glaube kann nur in Freiheit geschehen“\*

Matthias Kopp

Mehr als je zuvor sind die Christen während des zurückliegenden Jahres in den medialen Blickpunkt der Weltöffentlichkeit geraten. Die Bomben auf Kirchen in Bagdad und gewaltsame Zusammenstöße zwischen Muslimen und christlichen Kopten in Ägypten haben aufhorchen lassen. Das Wort der „Christenverfolgung“ macht die Runde. Und obwohl es niemand wirklich hören möchte, kann man die Situation christlicher Minderheiten in zahlreichen Staaten der Welt kaum anders beschreiben. Umso gespannter wird man fragen, was sich für diese Minderheiten eigentlich in jenen Ländern ändern könnte, deren Regime durch Massendemonstrationen nach und nach fielen. Wird sich die Lage der Christen in diesen Regionen jetzt verbessern? Welcher besonderen Situation ist das Christentum in Israel und Palästina ausgesetzt? Welche Konfliktherde gibt es auf der Welt, die zur Verfolgung und Repression gegen Christen führen?

Der Freiheitswille der Menschen in den arabisch-islamischen Ländern ist eindrucksvoll, und doch bleibt die Frage, ob jene Länder, in denen Regierungen unter dem hohen Preis von Todesopfern gestürzt wurden, wirklich demokratiefähig sind. Das ist die alles entscheidende Frage der kommenden Monate: Kann Demokratie in Nordafrika und im Nahen Osten gelingen? Kann ein demokratisches System christliche Minderheiten dauerhaft schützen? In Israel geht die Angst um, welche Auswirkungen Volksaufstände in den Nachbarländern auf die eigene innere Si-

cherheit haben können. Eine Demokratiebewegung unter den Palästinensern würde dem schwachen palästinensischen Staat guttun – und dessen Glaubwürdigkeit in die demokratische Wandlungsfähigkeit der Politik zwischen Ramallah und Gaza-City stärken. Dass die Regierenden in Palästina an einer solchen demokratischen Entwicklung Interesse haben, steht zu bezweifeln. Die Menschen auf den Straßen von Jenin und Bethlehem hegen diesen Wunsch. Aber letztlich ist es die Frage nach dem Schicksal des palästinensischen Volkes: Kann mehr Demokratie radikale islamistische Kräfte verhindern – oder gar befördern, vor allem zum Nachteil der christlichen Minderheit? Die internationale Staatengemeinschaft ist hier gut beraten, genau hinzuschauen, was die größere Hoffnung und die größere Gefahr ist. Demokratie tut Palästina gut, wie erfolgreich Demokratie sein kann, zeigt das Beispiel Israels, trotz andauernder und oft lähmender und ermüdender Regierungs Krisen – aber es ist ein demokratisches und kein oligarchisches System. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung und nach den ersten Jahren eines langsam wachsenden Staatengebilde sind die Palästinensischen Autonomiegebiete zur Demokratie befähigt und berufen. Es bedarf des Mutes der politischen Führer, diese Berufung des Staates – und damit des Volkes – umzusetzen. Selbst islamistische Kräfte, die auf demokratischer Basis gewählt würden, könnten

\* Die Überschrift ist ein Zitat Papst Benedikt XVI. vom 10. September 2006 in München

eine Demokratie in Palästina nicht absetzen – oder es käme zum Bürgerkrieg.

Zurück zur Ausgangsfrage: Sind die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens wirklich demokratiefähig? Nach dem, was die Länder in den vergangenen Jahrzehnten durchgemacht und durchgelitten haben, ist deren Wunsch nach einem Neuanfang offensichtlich. Voraussetzung ist eine Entmachtung des oft übermächtigen Militär- und Geheimdienstapparates, sind Wahlen ohne Wahlfälschungen und ein Austilgen korrupter und clanähnlicher Strukturen in politischen Spitzenämtern oder gesellschaftlichen Entscheidungsstellen. Weil es aber eine Jahrzehntelange Diktatur in vielen Staaten gegeben hat und noch immer gibt, muss der Freiheitswillen – das haben Tunesien und Ägypten gezeigt – erst „motiviert“ werden. Die politische Abstumpfung in Diktaturen hat das Volk mürbe und fast vergessen gemacht, dass jedes Land eine Chance auf Demokratie hat. Deshalb wird es ein langer und wahrscheinlich steiniger Lernprozess in den jüngsten Revolutionsländern, den Weg zur Demokratie zu finden.

## Leuchttürme der Demokratie

Die christlichen Minderheiten sind gut beraten, sich an diesem Prozess aktiv zu beteiligen. Fraglos haben sie rein aus Überlebensgründen oft und lange mit den Mächtigen der Regierungen das Gespräch gesucht – oder wie im Falle Ägyptens auch eng paktiert. Nun liegt es im Geschick der Kirchenführer, die Bereitschaft zu zeigen, sich am gesellschaftlichen Prozess hin zu mehr Demokratie im Land zu beteiligen und sich auf die Seite derer zu stellen, die für Freiheit gekämpft haben. Die christlichen Kirchen unterhalten zahlreiche Einrichtungen in Tunesien und Ägypten – Schulen, Pflegeheime, Krankenhäuser. Diese Einrichtungen, vor allem jene des Bildungsbereichs für die junge Generation, können jetzt zu

Leuchttürmen der demokratischen Bewegung werden, wenn sie sich anbieten und einladen: Ja, wir sind dabei, hier habt ihr einen Ort der Sicherheit, von dem aus ihr denken und handeln könnt. Denn auch das steht außer Frage: Das Überleben der christlichen Minderheit wird künftig unter den veränderten politischen Bedingungen eng mit deren Verhältnis zur Macht zu tun haben. Deshalb ist es gut, wenn politische Stiftungen aus Deutschland, die kirchlichen Hilfswerke und andere Einrichtungen vor Ort helfen, den gesellschaftspolitischen Prozess mitzugestalten und die Kirche vor Ort „ins Boot“ zu holen. Die Bilder bleiben uns eindrucksvoll in Erinnerung, als auf dem Al-Tahrir-Platz in der Kairoer Innenstadt ein Imam Hand in Hand mit einem Priester marschierte und den Ruf nach Freiheit skandierte. Diese Bilder müssen auch die Zukunft der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens prägen. Kein Christ darf sich da dem Gespräch verweigern oder gar Reminiszenzen vergangener Jahrzehnte nachtrauern. Und doch ist die Realität in Ägypten schon wieder eine andere: Drei Wochen nach dem Sturz Mubaraks kam es erneut zu heftigen Angriffen auf koptische Christen.

Christenverfolgung ist ein weltweites Phänomen, das von Demokratieunfähigkeit eines Staates zeugt. Es sind gerade die beiden Großkirchen in Deutschland, die einem Brennglas gleich den Blick auf jene Regionen der Welt richten, in denen Christenverfolgungen zur Tagsordnung gehören. Durch die über einhundert deutschsprachigen katholischen Auslandsgemeinden weltweit, durch die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke Adveniat, Misereor, Missio und Renovabis gibt es eine detaillierte Kenntnis über die Zustände in jenen Ländern, in denen das Menschenrecht auf freie Religionsausübung mit den Füßen getreten wird. Die Hilfswerke arbeiten in meist höchst gefährlichen Situationen, wie etwa beim Ein-

satz Misereors während des Referendums im christlich geprägten Süden Sudans.

Die deutschen Bischöfe wissen um die Not in diesen Staaten. Solidarität sollte daher kein bloßes Wort bleiben: Die Deutsche Bischofskonferenz startete 2002 die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“. Der Erinnerung dient insbesondere der Stephanusstag (26. Dezember). Die Bischofskonferenz hat dazu für die einzelnen Jahre Länderschwerpunkte festgelegt. Die Initiative begann mit der Lage der Christen in Vietnam, weitere Schwerpunktländer waren der Nahe Osten und Indien. Der frühere Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, brachte es so auf den Punkt: „Nach dem Ende der SED-Herrschaft lebt die katholische Kirche in ganz Deutschland in einer Situation gesicherter Freiheit. Wir würden uns schuldig machen, wenn wir jenen Brüdern und Schwestern unsere Solidarität verweigerten, die an vielen Orten in der Welt um ihres Glaubens willen diskriminiert, bedrängt und verfolgt werden. Viel zu oft wird deren Leiden in der Öffentlichkeit opportunistisch verschwiegen oder kleingeredet. Auch verhalten sich viele Christen in unserem Land nicht selten kleinmütig. Gegen solche Fehlentwicklungen will die Bischofskonferenz ein vernehmbares Signal setzen.“

### **Brutaler Mord in Pakistan und tragische Ignoranz weltweit**

Bei der Sorge um die Verfolgung christlicher Minderheiten darf der Blick aber nicht nur auf islamisch geprägte Länder oder China fallen. Nach dem aktuellen Bericht der Aktion „Open Doors. Im Dienst der verfolgten Christen weltweit“ führt seit Jahren Nordkorea jene traurige Liste an, die für die schwersten Christenverfolgungen bekannt ist. Schwierig bleibt die Ermittlung sicheren Zahnenmaterials. Dennoch dürften die Einschätz-

ungen der Realität entsprechen und die „Ranglisten“ ein Abbild dessen geben, wie es um die Christen in der Welt bestellt ist. So folgen Vietnam, der Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien, Somalia, das Urlaubsparadies Malediven, der Jemen, Irak, Usbekistan und Laos. Vor allem darf der Blick auf die kommunistisch geprägten Staaten Ostasiens nicht in Vergessenheit geraten. Es sind aber auch häufig jene Länder, die in der postkommunistischen Zeit des Zerfalls der Sowjetunion kaum in der Lage waren, den strukturierten Atheismus abzulegen und Religionsfreiheit ohne Grenzen zu garantieren. Zu diesen Staaten gehören Turkmenistan und Aserbaidschan. Hinzu kommt ein Land wie Pakistan, wo eine Welle der Gewalt die christliche Minderheit seit Monaten heimsucht. Erst zuletzt wurde der einzige christliche Minister in der Regierung – bezeichnenderweise für Minderheiten zuständig – brutal ermordet. Christenverfolgungen gibt es aber auch in Indien, im Norden Nigerias und in Eritrea.

Es können hier nicht alle Länder aufgeführt werden, aber ein kurzer Blick in den Mittelmeerraum soll aufgrund der aktuellen Lage gewagt sein. Vor allem gilt es zu differenzieren: Da gibt es zunächst regelrechte Christenverfolgungen in einem Staat wie dem Irak. Tatsächlich ging es den Christen unter Saddam Hussein aufgrund des laizistischen Staatssystems besser. Seit dem Sturz des Diktators und der – unter internationaler Vermittlung und Beobachtung ermöglichten und tolerierten – Verfassungsänderung ist der Islam Staatsreligion und die Scharia die bevorzugte Rechtsquelle für die Gesellschaft. Brennende Kirchen und nicht zuletzt das Massaker in einer Kirche von Bagdad im Herbst 2010 sind tragische Zeugnisse gegen eine Minderheit, die seit zwei Jahrtausenden das Christentum zwischen Euphrat und Tigris geprägt hat. Die Lage für die Christen ist im Libanon aufgrund des Religionsproporztes in der

politischen Verantwortung gut. Dennoch hat die Zahl der Christen massiv abgenommen. Waren es Anfang der Siebzigerjahre noch fast sechzig Prozent, sind es heute gerade einmal einundvierzig. Für den syrischen Staat ist die Religionsfreiheit ein wichtiges Gut trotz einer vom Islam dominierten Staatsreligion. Die rund zehn Prozent Christen fühlen sich unter dem Regime in Damaskus sicher. Dieses gehört zur schiitischen Minderheit der Aleviten, die in der muslimischen Bevölkerung gerade einmal achtzehn Prozent ausmachen. Staatschef Bashar al-Assad stützt sich deshalb vor allem auf die christliche Minderheit. Während es in ländlichen Gebieten immer wieder Übergriffe auf Christen zu beklagen gibt, werten die Kirchenführer Syriens die Lage im Land als stabil. Syrien weiß, was es den Christen gerade im Bereich des karitativen Wirkens und multireligiöser Schulbauten in den vergangenen Jahren zu danken hat. Schwieriger wird die Lage im haschemitischen Königreich Jordanien. Die sozialen Unruhen werden größer, und Moslembruderschaften vor allem im Süden des Landes stellen eine Gefahr für die Stabilität dar. Die knapp drei Prozent Christen leben – gerade unter dem Schutz des Königshauses – in relativer Freiheit, aber häufig genug sind Repressalien im Alltagsleben zu verzeichnen. König Abdullah II. weiß um den Beitrag der christlichen Minderheit zum Bildungssystem im Land. Nicht zuletzt der Besuch von Papst Benedikt XVI. vor zwei Jahren in Amman war für ihn eine Bestärkung, Glaubens- und Religionsfreiheit zu garantieren. Einen Sonderfall stellt die Türkei dar. Die knapp ein Prozent Christen haben größte Probleme, ihre Religion frei auszuüben. Der Neubau von Kirchen und die Möglichkeit, eigene Bildungseinrichtungen zu unterhalten, sind ebenso eingeschränkt wie die Ausbildung eines eigenen Klerus. Viel zu wenig wird beachtet, dass es gerade in dieser Hinsicht den

Christen in Syrien und Jordanien deutlich besser geht. So sind in Ankara und Istanbul Schikanen im täglichen Miteinander üblich. In der Südosttürkei, dem historischen Gebiet des Tur Abdin, wo viele syrisch-orthodoxe Christen leben, kommt es zu regelmäßigen, oft gewaltsamen Übergriffen, weil der türkische Staat in seinem Kampf gegen kurdische Rebellen kaum differenziert. Das Schweigen der Staatengemeinschaft gegenüber dieser Missachtung der Einhaltung der Menschenrechte in einem Staat, der der Europäischen Union beitreten will, ist weder verständlich noch akzeptabel, wird doch gerade eine der urchristlichsten Genden der Türkei entchristlicht.

### **„Die schwerste Schuld unserer Zeit“**

Erst Mitte März hat der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Fouad Twal, eine andauernde Verfolgung der Christen im Nahen Osten beklagt. Das Blut Christi fließe weiter „durch das Blut der Märtyrer und unschuldigen Opfer im Irak, in Ägypten und überall dort, wo Christen verfolgt und misshandelt werden“. Die Führer dieser Welt stützten ihr Reich auf Waffengewalt und militärische Macht. Gerade in Jerusalem sei die Situation immer kritischer: „Bis heute dauert die Geschmacklosigkeit in Jerusalem an. Man bespuckt Menschen, die ein Kreuz oder einen erkennbaren Habit tragen, man spuckt auf die Würde der Menschen aus Angst, Ignoranz oder schlechter Erziehung. In der mangelnden Sensibilität gegenüber der Würde des Menschen und dem Fehlen jeglichen Schuldbewusstseins liegt die schwerste Schuld unserer Zeit“, so Twal. Es gibt eine Christenverfolgung in vielen Ländern, bei der Menschen getötet oder vertrieben werden. Es gibt aber auch eine latente Christenverfolgung, bei der Christen Repressalien durch den Staat oder Erniedrigungen durch Mitbürger ausgesetzt sind. Was in Jerusalem der Anfang einer wachsenden

Gefahr ist, hat sich in Ländern, die einst ein laizistisches Staatssystem wie im Irak hatten, in blanken Hass verwandelt, der zum unaufhaltbaren Exodus christlicher Existenz in dieser Region führt.

Gerade dieser Aspekt darf beim Thema nicht übersehen werden. Die Gewalt gegen Christen führt zur Emigration. Die Zahl der Christen in islamischen Ländern geht kontinuierlich zurück, in einigen Ländern ist der Exodus gravierend. Oft gehören die Christen zu einer gebildeten Mittelschicht, die es in vielen Staaten zu einem gewissen Wohlstand gebracht hat. Wegen der Perspektivlosigkeit, häufiger wirtschaftlicher Schwierigkeiten und der wachsenden Repression wandert diese gut ausgebildete Mittelschicht davon. Das Vakuum mag wirtschaftlich aufgefüllt werden. Kulturell bluten jene Staaten aber aus, die das christliche Erbe weder würdigen noch erkennbare Hilfe leisten, es zu erhalten.

### **Moralische Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft**

Wie lassen sich Repressalien und Verfolgung, Exodus und Erniedrigung aufhalten? Es wäre ein Gewinn, wenn jene Staaten, deren Regime gestürzt sind, sich zu wahrer Religionsfreiheit und damit einem echten Schutz der Religionen bekennen würden. „Religionsfreiheit, ein Weg für den Frieden“ – dieses Wort von Papst Benedikt XVI. stammt aus seiner diesjährigen Botschaft zum Weltfriedenstag. „Wo die Religionsfreiheit effektiv anerkannt wird, ist die Würde der Person in ihrer Wurzel geachtet und werden durch eine aufrichtige Suche nach dem Wahren und dem Guten das moralische Gewissen sowie die Institutionen und das zivile Zusammenleben gestärkt“, schreibt der Papst. Genau das ist es, worauf es in jenen Staaten künftig ankommt, in denen Christenverfolgungen zu beklagen sind: Die gesellschaftliche Reife eines Staates zeigt sich in der Einhaltung des grundlegenden

Menschenrechts der Religionsfreiheit. In Tunesien ist es oft genug gegenüber der christlichen Minderheit zu Repressalien gekommen. Die Situation der koptischen Christen in Ägypten war in den vergangenen Jahren immer wieder mit dem Begriff Christenverfolgung bezeichnet worden. Tatsächlich haben viele Christen ihr Leben gelassen. Wird sich das künftig ändern? Auch hier hat die internationale Staatengemeinschaft eine moralische und politische Verpflichtung, wenn sie die Einhaltung der Religionsfreiheit kritisch beobachtet und – wenn notwendig – anmahnt beziehungsweise mit Sanktionen droht. Die Menschenmassen in den Straßen von Tunis oder auf den Plätzen der ägyptischen Städte waren Momente des Aufbruchs. Nun wird sich zeigen, ob diese Massen jene Toleranz üben werden, von der das friedliche Zusammenleben hier abhängt. Der Weg der Demokratisierung hat gerade erst begonnen. Er wird noch viele Wegmarken haben, eine davon heißt Religionsfreiheit. Es bleibt daher zu hoffen, dass diese Nagelprobe friedlicher Koexistenz gelingt. Der höchsten Lehrautorität des sunnitischen Islam, der Al-Azhar-Universität in Kairo, wird dabei eine bedeutende Rolle zukommen. Ihre Führer haben in den vergangenen Jahren wichtige Beiträge zum praktisch gelebten Dialog der Religionen veröffentlicht. Damit waren sie bei manchen Imamen und anderen islamischen Universitäten nicht unumstritten. Gelingt es der richtungsweisenden Al-Azhar-Universität, im Demokratisierungsprozess Nordafrikas auch das religiöse Freiheitsrecht der Christen zu verteidigen, dann besteht Hoffnung, dass das Wort „Christenverfolgung“ der Vergangenheit angehören könnte. Der Weg ist weit, und doch ist eines sicher: Die Christen der Region sind bereit, auch in den neuen politischen und gesellschaftlichen Konstellationen Verantwortung zu übernehmen. Man muss sie nur lassen.